

14
141/1

12.05.2023

64

**Bedarfsfeststellung über die Erarbeitung einer Klimaneutralitätsstrategie für die Bauhöfe von 64/Amt für Verkehrsmanagement
Erstellung eines Realisierungsgutachtens und die Unterstützung einer externen Firma im Vergabeverfahren
voraussichtliche Auftragssumme netto 200.000,00 Euro zzgl. MwSt. 238.000,00 Euro
Vorlagen-Nr. 1077/2023
hier: Stellungnahme zur Bedarfsprüfung, RPA-Nr. 141/13/01/23**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich erhielt mit der Beschlussvorlage-Nr. 1077/2023 über Session das Ergebnis einer Bedarfsprüfung zwecks Stellungnahme über die Erstellung eines Gutachtens für die Erarbeitung einer Klimaneutralitätsstrategie über die dortigen Bauhöfe sowie die Beauftragung einer externen Firma für die Unterstützung des Vergabeverfahrens.

Die voraussichtliche Auftragssumme liegt insgesamt bei 238.000,00 Euro brutto (200.000,00 Euro netto) und teilt sich in 202.300,00 Euro (170.000,00 Euro netto) für die Erstellung des Gutachtens und 35.700,00 Euro (30.000,00 Euro netto) für die externe Firmenbeauftragung auf.

Die externe Gutachtenerstellung wird damit begründet, dass der Bauhof für die Erstellung des Aktionsplans fachliche Unterstützung benötigt, da notwendiges Expertenwissen bzw. Erfahrung mit einem derartigen Transformationsprozess im Fachbereich nicht besteht. Das Unterstützungserfordernis soll auf der Komplexität des durchzuführenden Vergabeverfahrens basieren.

Auf Anfrage haben Sie mir bestätigt, dass die Inhalte des umfangreichen Gutachtens über Klimaneutralität 2035 (Band I-III) Einfluss in diese Bedarfsprüfung genommen haben.

In dem oben genannten Gutachten und in den darauf beziehenden Beschlussvorlagen sind für die Umsetzung der Empfehlungen in konkreten Maßnahmen eine Beteiligung beziehungsweise ein Maßnahmencontrolling durch die Koordinationsstelle Klimaschutz vorgesehen. Dies ist hier nicht erfolgt.

Deshalb möchte ich Sie bitten, die Koordinationsstelle sofort einzubeziehen.

Das beabsichtigte Gutachten betrifft die Bauhöfe von 64/Amt für Verkehrsmanagement, obwohl der Betriebshof Frankfurter Straße sowie der zukünftige Betriebshof Zusestraße auch von 67/ Amt für Landschaftspflege und Grünflächen genutzt wird.

Eine Abstimmung mit 67/Amt für Landschaftspflege und Grünflächen ist von Ihnen unterblieben. Das Rechnungsprüfungsamt sieht zumindest in den Punkten drei und vier des Themenvorschlags (Lade- und Tankinfrastruktur, Lademanagement) zum Aktionsplan aufgrund der Standortkapazität eine Abstimmungsnotwendigkeit.

Es wird empfohlen, das Abstimmungserfordernis nochmals zu prüfen.

Dezernat II hat unter Maßgabe mitgezeichnet, dass für das beabsichtigte Vergabeverfahren über 35.700,00 Euro 30/Amt für Recht, Vergabe und Versicherungen als Ansprechpartner zur Verfügung steht.

Da die Änderung der Beschlussvorlage diese Maßgabe nicht erfüllt, möchte ich Sie bitten, vor der Ausschreibung eine Abstimmung mit 30/Amt für Recht, Vergabe und Versicherungen hinsichtlich der Notwendigkeit dieser Ausschreibungsunterstützung herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Genseke